

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen-Abteilungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungspreis für die Anzeigen-Abteilung des Auer Tageblattes. — Preis für den Anzeiger 20 Cent pro Zeile, für den Anzeiger 20 Cent pro Zeile, für den Anzeiger 20 Cent pro Zeile.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 209

Dienstag, den 8. September 1925

20. Jahrgang

Aufruf zum „Heiligen Krieg“.

Abd el Krim der „Fürst der Gläubigen“. — Gemeinsame Bewegung aller Mohammedaner.

Paris, 8. Sept. Heute traf wiederum die Nachricht in Paris ein, daß Abd el Krim den „Heiligen Krieg“ verkündet habe. In den letzten Tagen habe eine Zusammenkunft aller marokkanischen Stämme in Denuir stattgefunden, und dabei sei bekanntgemacht worden, daß sich Abd el Krim demnächst den Titel „Fürst der Gläubigen“ beilegen werde. Aus allen muslimanischen Ländern, besonders aus Indien, will Abd el Krim die Versicherung erhalten haben, daß er allseitige Unterstützung finden werde.

Von der französischen Front wird vollkommene Ruhe gemeldet. Die Franzosen setzen die Offensivvorbereitungen fort. Auch Abd el Krim soll die Offensivvorbereitungen. Er sendet an alle Teile der Front regelmäßig Truppen und soll den Stämmen die Massenerhebung aufgetragen haben.

Paris, 8. Sept. Agence Havas berichtet aus Fes: Bei dem Angriff auf Ifsuat, einen der vorgeschobenen Posten der französischen Westfront, haben die Truppen Abd el Krims Maschinengewehre und Artillerie benützt, wurden aber von den Franzosen zurückgeworfen. Auch der Angriff auf die Stellungen bei Aschebel en Maier ist vom 19. Korps unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen worden. Französische Truppen bauten am Uegha-Fluß ihre Stellungen zwischen Mirra und Fes el Ball aus und sicherten den Verkehr zwischen diesen beiden Punkten. Lebhaftige Tätigkeit des Feindes ist, wie an der französischen Front so auch in der spanischen Zone zu bemerken. Abd el Krim hat in den Dörfern verstreut lassen, er beabsichtige, die Spanier mit Artillerie und Maschinengewehren anzugreifen. Bei Tahtoff, 12 Kilometer nördlich des Luftschiffes, planen die Feinde Truppenansammlungen. Die mobile französische Abteilung, die auf der Höhe von Ifsuat vorgeht, hat sich, nachdem sie die Ausläufer des Berges gefäubert hat, auf der Höhe eingekesselt. Die Besatzung des Postens von Ain Maatuf ist ohne Zwischenfall abgezogen und der Posten wieder mit Nahrungsmitteln versehen worden. Im östlichen Abschnitt wirft der Feind bei Fes Kasbah Schützengraben aus und errichtet dort südlich des ehemaligen französischen Postens am oberen Ende ein Blockhaus.

Ende der Juristenkonferenz.

Berlin, 5. Sept. Die Juristenkonferenz in London hat am Sonnabend ihre Arbeiten geschlossen. In Berliner juristischen Kreisen fragt man sich, welche vollkommene Übereinstimmung denn erzielt werden konnte bei einer Besprechung, die rein informativem Zweck diente und bei der jedenfalls der deutsche Teilnehmer keinerlei Mandate hatte, zu irgend einem Vorschlag Stellung zu nehmen oder einen Vorschlag zu machen. Diese Beschränkung der Vollmachten des Ministerialdirektors Gauß geht sogar so weit, daß sie sich auch auf Fragen mehr oder weniger rein technischer Natur bezieht, und somit dürfte man von deutscher Seite, nachdem man bereits gestern offiziell gewisse Tendenzäußerungen englischer Blätter zurückgewiesen hat, erneut klar und eindeutig feststellen, daß aus der Teilnahme Deutschlands an dieser Konferenz keinerlei irgendwie geartete Bindung resultiert.

Wie weit die Zusammenkunft ihren informativem Zweck dienen kann, läßt sich erst feststellen, nachdem Ministerialdirektor Gauß seinen Bericht erstattet hat, da die Verhandlungen vertraulich waren und auch bei den amtlichen Stellen in Berlin nicht erschöpfende Mitteilungen vorliegen. Der deutsche Sachverständige dürfte seinen Bericht in aller Ruhe abfassen, da gegenwärtig die deutsche Regierung zum größten Teil auf Urlaub weilt und eine Veranlassung zur Beschleunigung auf deutscher Seite nicht besteht. Möglicherweise bleibt Dr. Gauß noch einige Tage in London, um für seinen Bericht das dort lagernde Material der Konferenz zur Hand zu haben.

Der allgemeine Eindruck in Berliner politischen Kreisen ist der, daß durch diese Zusammenkunft herzlich wenig gewonnen wurde und die Konferenz bestenfalls erneut erkennen ließ, welche

großen Schwierigkeiten

nach immer einer Regelung der Sicherheitsfrage entgegensteht und wie wenig aussichtsreich es ist, von weiteren übereinstimmend berufenen Konferenzen positive Ergebnisse zu erwarten. Nachdem die Regierungsmitglieder ihren Urlaub beendet haben, wird das Kabinett den Be-

Nach einer Madrider Meldung des „Journal“ hat der König von Spanien San Sebastian verlassen, um sich nach Madrid zu begeben. Das gleiche Blatt berichtet, daß Admiral Magar und General Jordana, sowie die übrigen Mitglieder des Direktoriums gestern beschloßen hätten, 18 Bataillone und sechs Regimenter Artillerie, im ganzen ungefähr 15 000 Mann Verstärkungen nach Marokko zu entsenden. Ein starker Truppenkörper, der in Ceuta mit Bestimmung nach Melilla eingeschifft werden sollte, ist nach Tetuan und an die Kampffront bei Tahrar zurücktransportiert worden, wo gestern ein heftiger Angriff der Rifleute erfolgte.

Der französische Justizminister zur Marokkofrage.

Paris, 8. Sept. Justizminister Steeg hat heute auf dem Bankett des Wein- und Uckerbaubereins in Libourne, dem mehrere Parlamentarier der dortigen Gegend beizuhöhen, eine Rede gehalten, in der er sich mit Marokko beschäftigte. Er wies darauf hin, daß Frankreich bedeutende Verstärkungen an Truppen und Material nach Marokko geschickt habe. Marokko nach so vielen Opfern an Blut und Geld aufzugeben, hieße nicht nur das ruhmreich Vollendete verleugnen, sondern auch die die französische Herrschaft in Nordafrika in Frage stellen, es hieße Frankreich einen schweren nicht gar tödlichen Stoß versetzen und würde vor allem darauf hinauslaufen, die politische und militärische Sicherheit Frankreichs zu schwächen. Gätten doch diese Gebiete während des Weltkrieges disziplinierte Soldaten gestellt, die die französische Erde heidenmütig verteidigt hätten. Marokko werde zur wirtschaftlichen Sicherheit Frankreichs beitragen, wie zur Festigung der Sicherheit überhaupt. Frankreich schätze in Marokko nicht nur sein Prestige, seine wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit, sondern es sei dort der Soldat Europas und sichere die Rechte der Zivilisation und bekräftige diese Rechte durch seine Wohlthaten. Durch die französische Verwaltung sei Marokko dem Kulturfortschritt der Menschheit näher gebracht worden. Kein Protest fanatischer Beduinen noch sonst irgend etwas würde Frankreich dazu bringen, auf das in Afrika geschaffene Werk zu verzichten.

richt des juristischen Sachverständigen einer genauen Prüfung unterziehen, um dann, je nach dem Ergebnis dieser Prüfung, in Verbindung mit den parlamentarischen Stellen die Entscheidung zu treffen, ob Deutschland es für fruchtbar hält, den jetzt eingeschlagenen Weg zu beschreiten oder ob es die Anregung geben will, den Komplex der schwebenden politischen Fragen von einer ganz anderen Seite aus, aber selbstverständlich mit dem Ziel einer wirklichen Verteilung Europas anzufassen.

Paktkonferenz der Außenminister im September.

London, 6. Sept. Neuter berichtet aus Genf, daß bei der gestrigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Briand und Vandervelde das Versprechen für die bevorstehende Konferenz der Außenminister über den Sicherheitspakt erteilt wurde. Der deutsche Außenminister werde dazu eingeladen werden. Der Ort der Zusammenkunft und der Zeitpunkt der Konferenz seien noch nicht endgültig festgesetzt worden, jedoch sei es nicht unwahrscheinlich, daß sie in Genf, und zwar voraussichtlich Ende September stattfinden werde.

Es verlautet, daß Mussolini den Wunsch ausgedrückt habe, an der Konferenz teilzunehmen und Rom als Ort der Zusammenkunft in Aussicht zu nehmen. Freilich werde es in Genf als unwahrscheinlich betrachtet, daß die Zusammenkunft in Rom stattfinden werde. Man erwarte, daß der Bericht der alliierten Juristen, die in London an den Beratungen teilnehmen, am Montag oder Dienstag in Genf eintreffen werde.

Nach anderen Meldungen kommt Genf als Tagungsort nicht in Frage.

Coolidge über den Sicherheitspakt.

Paris, 8. September. Temps veröffentlicht eine Meldung aus Washington, der zufolge Präsident Coolidge die Ansicht vertritt, man werde bezüglich des Sicherheitspaktes erst zu einer Verständigung kommen, wenn eine neue Abrüstungskonferenz stattgefunden habe.

Brotverteuerung und Einfuhrscheine.

Von Staatsminister a. A. Oscar Gantzer-Blauen, Mitglied des Reichstages.

Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, um die Getreidepreise hoch zu halten, das frühere Einfuhrschemensystem wieder einzuführen. Gegen diese Einrichtung spielten sich jahrelange Kämpfe ab. Ihren Höhepunkt erreichten sie am 22. April 1909 im Reichstag bei der Besprechung des von der freisinnigen Volkspartei eingebrachten Antrages, die Geltung der Einfuhrscheine zur Jollentrichtung auf die Warengattung zu beschränken, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrscheine erteilt worden ist, und die Geltungsdauer der Einfuhrscheine auf höchstens drei Monate herabzusetzen.

Als Fraktionsredner wies ich zur Begründung des Antrages nach, daß vom Jahre 1879 bis 1894 eine Jollvergütung bei der Ausfuhr von Getreide nur dann erfolgte, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß das Getreide vorher aus dem Ausland ins Inland eingeführt wurde. Dieser Identitätsnachweis für Getreide wurde 1894 aufgehoben. Man konnte nunmehr Getreide ausführen, für das ein Einfuhrschein ausgestellt wurde, mit dem man aber nicht nur Getreide, ganz gleich welcher Fruchtart, sondern auch Kaffee und Petroleum (und eine Zeitlang auch noch andere Waren) einführen und mit dem Einfuhrschein verzollen konnte. Fährten also Händler und Landwirte Getreide aus, so bekamen sie auf ihren Antrag von der Zollbehörde einen Einfuhrschein. Gesetzt den Fall, es handelte sich um 1000 Doppelzentner Roggen, so stellte der Einfuhrschein einen Wert von 1000 mal 5 Mark Joll per Doppelzentner = 5000 Mark dar, der bei der Einfuhr, nicht nur für Roggen, sondern auch für Weizen, Gerste, Hafer, Kaffee, Petroleum im vollen Betrage für den zu entrichtenden Joll in Anrechnung gebracht wurde. Diese Einfuhrscheine nahmen durch die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten und infolge der langen Gültigkeitsdauer von sechs Monaten den Charakter eines Wertpapiers an, und sie wurden auch nach dieser Richtung als Wertpapiere behandelt und angekauft mit einer entsprechenden Diskontvergütung.

In eingehender Weise legte ich damals die preisvertuernde Wirkung des Einfuhrschemens dar, wie man auf diese Weise dem Auslande billigeres deutsches Getreide zuführe und das deutsche Volk das durch den Joll verteuerte Getreide höher bezahlen müsse.

Hg. Graf v. Kanitz (der Vater des jetzigen Reichsernährungsministers) sprach mir im Reichstag, trotz meiner scharfen Kritik des Einfuhrschemens, den Dank aus für meine ruhige und sachliche Weise, wie ich dem Gegenstand behandelt habe, wohl auch deswegen, weil er, trotz seines entgegengesetzten Standpunktes, vom nationalen Gesichtspunkt aus die Unhaltbarkeit des Einfuhrschemens erkannt hatte. In einer späteren Aussprache, die ich als Berichterstatter der Budgetkommission über diese Frage mit ihm hatte, war Abg. Graf von Kanitz bereit, den freisinnigen Antrag zu akzeptieren, wenn es gelänge, den Staffeltarif für Getreide wieder einzuführen, um auf diese Weise den Getreideüberschuß der östlichen Provinzen nach anderen Landes teilen noch mit Nutzen verkaufen zu können. Ich gab ihm anheim, zunächst seine eigenen konservativen Freunde diesen Gedanken zu gewinnen, der ja gerade von konservativen Deuten aus West- und Süddeutschland lebhaft bekämpft wurde.

In welcher Form und in welchem Umfang nun die Einfuhrscheine wieder eingeführt werden sollen, scheint noch nicht endgültig festzusetzen. Aber darauf kommt viel an! Die großen Nachteile der Einfuhrscheine für die Preisbildung des Brotgetreides werden sich bei den gänzlich veränderten Verhältnissen viel schärfer auswirken, als wie das früher vor dem Weltkrieg der Fall war. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß, wenn das gegen Einfuhrscheine ausgeführte Brotgetreide nicht im vollen Umfang durch fremdes Getreide ersetzt würde und die für die Ausfuhr des deutschen Getreides erteilten Einfuhrscheine für die Jolle angerechnet werden, die von den Waren, z. B. Kaffee, Petroleum erhoben werden, sich dann große Winderlöse für die Reichskasse ergeben müßten. Außerdem würde, wenn das ausgeführte Getreide nicht im gleichen Umfang zug um Zug durch fremdes Getreide gleicher Art ersetzt würde, im Inland eine Brotgetreidemangel entstehen, die zu einer weiteren Brotverteuerung führen müßte.

Aber auch wenn die Einfuhrscheine bei der Einfuhr nur für dieselbe Getreidegattung gelten sollten, so könnte durch eine forciertere Ausfuhr und langsame Einfuhr eine Getreidemangel erzeugt und dadurch eine wesentliche Getreideverteuerung herbeigeführt werden.